

Der Aufstand gegen die Nazigeneration Teil II

Geschichtsunterricht mit Hannes Heer

Der 2. Juni 1967 war ein Wendepunkt in der schon etwas älteren Geschichte des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) wie in dem ziemlich jungen Prozess der Politisierung einer ganzen Generation von Studierenden. Spätestens an diesem Tag gab es auch in der BRD eine Studentenbewegung. Auslöser war der Staatsbesuch des iranischen Schahs Reza Pahlavi, eines Despoten, der mit Hilfe der USA an die Macht gekommen war und sich in dem bettelarmen Land nur mit Terror behauptete. Zu seinem Besuch am Abend des 2. Juni in der Westberliner Oper hatten sich ca. 1.000 Studenten eingefunden. Anstatt, wie es die Verantwortlichen, der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz (SPD) und der Bundesinnenminister Ernst Benda (CDU), vorgeschlagen hatten, die Oper weiträumig abzusperren, hatte der Polizeipräsident Erich Duensing den Protestierenden erlaubt, sich im Abstand von 50 Metern direkt gegenüber der Oper zu versammeln, allerdings eingezwängt auf einem Gehweg zwischen einem drei Meter hohen Bauzaun und Absperrgittern. Das sollte sich als Falle erweisen. Kaum war der Staatsgast in der Oper verschwunden, wurde die Schutzpolizei unter ihrem Kommandeur Hans-Ulrich Werner gegen die Eingezwängten in Marsch gesetzt. Sie trieb die Protestierer in Seitenstraßen, wo Wasserwerfer und schweres Gerät schon bereit standen.

Beide Polizeiführer waren Veteranen des Zweiten Weltkriegs: Duensing war Stabschef einer Infanteriedivision der Wehrmacht an der Ostfront gewesen und noch im August 1944 mit dem „Deutschen Kreuz in Gold“ ausgezeichnet worden. Werner war 1939 in die SS eingetreten und wurde 1943/44 als Kompanieführer einer Polizeieinheit zur „Bandenbekämpfung“ in der Ukraine und 1944 zum Stab des Höheren SS- und Polizeiführers Oberitalien Mitte abkommandiert. Dort stieg er zum Führungsoffizier auf. Die beiden hatten in den Jahren zuvor in Absprache mit Albertz und dem amerikanischen Stadtkommandanten, wie der *Spiegel* wenig später enthüllte, aus der Westberliner Polizei eine „halbmilitärische“, mit den modernsten Waffen ausgerüstete „Miliz“ gemacht. Entsprechend war ihr Feindbild: Beim Schah-Besuch ging es daher nicht um ein paar krakeelende Studenten, sondern um eine straff organisierte Masse von Kommunisten. Da half nur „Draufhalten“. Zahlreiche Personen wurden zusammengeschlagen oder wie

erlegte Tiere übers Pflaster geschleift. Menschengruppen wurden in Höfen eingekesselt und dann verprügelt, oder man sie vor sich her in Richtung Wasserwerfer. Dazwischen kam aus Lautsprechern mehrmals die Ansage, ein „Kollege“ sei von einem Demonstranten erstochen worden. Auffällig in helle Sommeranzüge gekleidet machten Dutzende von bewaffneten Zivilpolizisten Jagd auf Rädelsführer, um sie zu verhaften. Den Einsatz der „Greiftrupps“ hatte der über die dauernden Vietnam-Demonstrationen empörte US-Stadtkommandant erbeten, um an Namen von amerikafeindlichen Personen zu kommen.

„Sie müssen Blut sehen“

Ein Angehöriger dieser Greiftrupps war der langjährige Mitarbeiter der Politischen Polizei und Meisterschütze Karl-Heinz Kurras. Er erschoss gegen 20.30 Uhr den von drei Polizeikollegen schon halb totgeschlagenen 26jährigen Studenten der Romanistik und Germanistik Benno Ohnesorg in einem abgelegenen Hof. Der Regierende Bürgermeister Albertz ließ am nächsten Tag eine Erklärung verbreiten, die das tatsächliche Geschehen auf den Kopf stellte: „Die Geduld der Stadt ist am Ende. Einige Dutzend Demonstranten, unter ihnen auch Studenten haben sich das traurige Verdienst erworben, nicht nur einen Gast (...) beschimpft zu haben, sondern auf ihr Konto gehen auch ein Toter und zahlreiche Verletzte – Polizeibeamte und Demonstranten“. Im Schulterschluss hetzte *Bild* : „Gestern haben in Berlin Krawallmacher zugeschlagen. Ihnen genügte der Krach nicht mehr. Sie müssen Blut sehen.“

Die politische Führung verbot alles Demos und ließ die Freie Universität (FU) schließen. Als diese Maßnahmen wieder aufgehoben wurden, ging der SDS, alle progressiven Hochschulgruppen und die Organe der Studentenschaft in die Offensive. Auf permanenten Teach-ins wurde die Lage erörtert und die Gegenwehr beschlossen: Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zum Tod von Ohnesorg, eine offizielle Trauerkundgebung an der FU mit anschließender Demonstration, was nach Verhandlungen mit allen Institutionen gebilligt wurde, die Verbreitung von 300.000 Flugblättern in der Stadt und vor Großbetrieben, die Vorbereitung von „Aktionskomitees zur Enteignung von Axel Springer“ und in Absprache mit den Behörden der DDR die Organisation eines von zehntausend Menschen an den Straßen und von Tausenden von Pkws begleiteten Trauerkonvois über die „Zonengrenze“ nach Hannover, wo die Beerdigung stattfand.

Den Abschluss bildete ein Kongress unter dem Titel „Hochschule und Demokratie“ in Hannover, an dem 7.000 Menschen teilnahmen. Prominente Studentenfürher wie Wolfgang Lefèvre, Rudi Dutschke, Knut Nevermann, Hans-Jürgen Krahl und Vertreter aus der sympathisierenden Professorenschaft wie Wolfgang Abendroth, Helmut Gollwitzer, Hartmut von Hentig, und Jürgen Habermas diskutierten mit zum Teil konträren Positionen die entstandene Lage und die möglichen Schlussfolgerungen. Dutschke wies darauf hin, dass die Voraussetzungen dafür, die Geschichte in die eigenen Hände zu nehmen, existierten, und warf Habermas angesichts dieser Situation einen gefährlichen Quietismus vor. Dieser deklarierte die Unterstützung der Demokratie zur einzigen Aufgabe der Studentenbewegung und bezichtigte Dutschke und den SDS des „Voluntarismus“ und eines „linken Faschismus“. Derweil hatte die Woge der Solidarität längst die Bundesrepublik erreicht – in Bonn und Marburg demonstrierten jeweils 1.500 Studenten, in Tübingen und Hamburg waren es 2.000, in Gießen 2.500, in Saarbrücken 3.000, in Göttingen 6.000, in Frankfurt 8.000 und München 9.000.

Die Vertrauensfrage

Aufgrund der in den Wochen danach einsetzenden Untersuchungen der Ereignisse vom 2. Juni durch die Westberliner Studentenschaft und Medien wie den *Spiegel* traten Mitte September der Innensenator Wolfgang Büsch, Polizeipräsident Duensing und der Regierende Bürgermeister Albertz zurück. Karl-Heinz Kurras musste sich im November 1967 erstmals vor Gericht verantworten: Als sich seine „Notwehr“-Lüge als unhaltbar erwies, sprach er von einem Unfall. Die Pistole sei ihm einfach „losgegangen“. Gedeckt von Politik und Polizei wurde er in drei Verfahren freigesprochen. Die Studentin Friederike Dollinger, die als erste dem schwer verletzten Benno Ohnesorg hatte helfen wollen, hat das so kommentiert: „Ich denke, es war nicht allein der 2. Juni. Sondern es war vor allem der Ausgang des Prozesses, also dass der Kurras freigesprochen worden ist. Das hat einem den letzten Rest an Glauben in den Rechtsstaat genommen“.

Oskar Negt, SDS-Mitglied und damals Assistent von Jürgen Habermas, hat in einer Gedenkrede die Folgen des Todes von Benno Ohnesorg so beschrieben: „Wer könnte da noch Vertrauen haben in die Gewaltenteilung, wenn man feststellen muss, dass die Gewalten im Ernstfall so vorzüglich aufeinander abgestimmt sind.“ Wir sind durch Norbert Elias daran erinnert worden, dass der Schlusstrich, den die politische Führung nach der Gründung der Bundesrepublik gezogen hatte, teuer bezahlt werden musste. Der 2. Juni ist so ein Zahltag gewesen.

Der 2. Juni 1967 war nicht nur der Tag, der, wie Jürgen Habermas konstatiert hat, wegen „einer manifesten Erschütterung der Demokratie in unserem Lande“ in Erinnerung bleiben sollte, sondern er war auch einer der Auslöser dafür, dass sich der bis dahin radikaldemokratisch-antiautoritäre SDS plötzlich mit der Frage der Revolution befasste. Wortführer dieser Neuorientierung war Rudi Dutschke. Sein Mentor sollte der deutsch-jüdische Philosoph Herbert Marcuse werden, der sich 1933 ins amerikanische Exil retten konnte, Mitarbeiter des dorthin emigrierten Frankfurter Instituts für Sozialforschung geworden war und neben Max Horkheimer und Theodor W. Adorno zu den führenden Vertretern der „Kritischen Theorie“ zählte. Diese marxistische „Frankfurter Denkschule“ hatte ausgehend von Horkheimers Analyse der Entwicklung des Kapitalismus zum „autoritären Staat“, dem es gelungen sei, die Produktion zu steigern, die ökonomischen Krisen abzuschwächen und dadurch die Arbeiterschaft zu integrieren, eine gewichtige Korrektur der Kapital- und Klassenanalyse von Karl Marx vorgenommen: Aufgegeben wurde dessen Geschichtsphilosophie mit ihrer teleologischen Mechanik, die Rolle des Proletariats als revolutionärem Subjekt und das Modell des Sozialismus als Ende der Ausbeutung.

Die Hoffnung auf den radikalen Bruch mit den bestehenden politökonomischen Verhältnissen war damit nicht aufgegeben, nur war jetzt, wie Horkheimer konstatierte, „die Theorie zur Statthalterin der Befreiung“ geworden. „Denken ist Tun, Theorie eine Gestalt von Praxis“, würde Theodor W. Adorno später formulieren. Auch Herbert Marcuse vertrat diese Position, wie seine 1964 erschienene Studie „Der eindimensionale Mensch“ bewies: Die einzige Möglichkeit, dem hermetischen System des modernen „Wohlfahrtsstaats“ mit seiner Herrschaft durch „erhöhten Konsum“ und vermeintliche „Gleichstellung der Klassen“ zu entkommen, sei „(die) Negation in der politisch ohnmächtigen Form der „absoluten Verweigerung“.

Katalysator Vietnamkrieg

Diese Lageeinschätzung hatte sich, als das Buch 1967 auf Deutsch erschien, schon überholt. Der Grund dafür war der seit 1965 offen geführte Vietnamkrieg. Präsident Lyndon B. Johnson hatte sich im August 1964 für die Radikalisierung des Kriegs mit Hilfe der Lüge vom angeblichen Angriff nordvietnamesischer Schnellboote auf einen US-Zerstörer im Golf von Tonkin die einstimmige Ermächtigung des Kongresses geholt. Bis

Ende 1965 hatten Bomber 25.000 Angriffe gegen militärische Einrichtungen in Nordvietnam geflogen, und 200.000 Mann Bodentruppen kämpften in Südvietnam. Gleichzeitig begann die Luftwaffe mit dem Einsatz von Napalm gegen die Zivilbevölkerung. Der Krieg, der bis 1975 dauerte, war ein Völkermord: Er kostete 5,5 Millionen Menschen das Leben, darunter 58.220 US-Bürger, und hinterließ eine weitere Million durch Landminen verkrüppelter oder Agent Orange vergifteter Menschen.

Der SDS und die außerparlamentarische Opposition beurteilten den Vietnamkrieg wie im Fall der Notstandsgesetze vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte – des Holocaust wie des Vernichtungskrieges. Die Sprechchöre bei den Vietnam-Demonstrationen bestätigten das - „USA – SA – SS“. Der Redakteur der *Zeit*, Kai Hermann, ein kenntnisreicher Beobachter der Studentenbewegung, urteilte 1967: „Nichts hat diese Generation so geprägt wie der Vietnamkrieg. (...) Er machte die Moral des eigenen Lagers fragwürdig und wurde schließlich zum Kriterium eigener Entscheidung.“ Und der neben Dutschke prominenteste Sprecher des SDS, Wolfgang Lefèvre, schlussfolgerte: Man müsse sich eingestehen, „dass die formal-demokratischen Institutionen keinerlei Garantie gegen brutale Unterdrückung, ja Vernichtung eines ganzen Volkes bieten.

Auch für Rudi Dutschke, der seine christliche Sozialisation nie verleugnete, wurde der Vietnamkrieg zur prägenden politischen Erfahrung. Maßgeblichen Anteil daran hatte die vom SDS organisierte viertägige Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, die Mitte Juli 1967 mit Herbert Marcuse vor 3.000 Zuhörern im Audimax der FU unter dem Titel „Das Ende der Utopie“ stattfand. Es waren fünf Thesen, in denen der Philosoph seine unter dem Eindruck des Krieges in Südostasien vorgenommene Analyse der neuen Weltlage und die Korrektur seines in der Studie „Der eindimensionale Mensch“ verwendeten Modells der ohnmächtigen „der ohnmächtigen „absoluten Weigerung“ vortrug.

1.These: Der durch die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt begonnene Angriff gegen den Imperialismus ergebe „noch keine effektive revolutionäre Bedrohung des Systems“, sondern alle diese Oppositionskräfte würden heute „zur Vorbereitung, und nur zur Vorbereitung (...) für eine mögliche Krise des Systems“ beitragen.

2. These: Ein Erfolg des vietnamesischen Befreiungskampfes könnte „das Signal für Aktivierung solcher Befreiungskämpfe in anderen Teilen der Welt geben (...) und unter Umständen viel näher an den Metropolen“.

3. These: Vietnam könne möglicherweise auch ein „Wendepunkt (...), vielleicht sogar der Anfang vom Ende“ des bestehenden Systems sein. Es beweise nämlich, dass „der menschliche Körper und der menschliche Wille mit den geringsten Waffen das leistungsfähigste Zerstörungssystem aller Zeiten in Schach halten“ könne.

4. These: Die Befreiung des Bewusstseins, die er zuvor als aktuelle Aufgabe formuliert habe, so insistierte Marcuse, „meint nun mehr als Diskussion. Sie meint in der Tat (...) Demonstration. (...) Das heißt, (...) dass hier der ganze Mensch mitgeht und seinen Willen zum Leben anmeldet. Seinen Willen zum Leben (...) in Frieden.“

Revolutionärer Existentialismus

Die 5. These war durch eine Frage Dutschkes ausgelöst worden, die nämlich nach der „Neubestimmung der subjektiven Tätigkeit“ und der Gefahr, dass diese als „Voluntarismus“

gegenüber einer objektiv noch nicht reifen geschichtlichen Periode ausgespielt werde.

Marcuses Antwort war einer der Höhepunkte der viertägigen Veranstaltung: Er halte eine solche Neubewertung der Rolle des „subjektiven Faktors in der Tat für eines der entscheidenden Erfordernisse der heutigen Situation“, in der es angesichts der objektiven Reife der Produktionskräfte für einen revolutionären Bruch absolut notwendig sei, „das Bewusstsein dieser realisierbaren Möglichkeiten (von seinen gesellschaftlich bedingten Fesseln, H.H.) zu befreien“. In diesem Prozess komme es darauf an, so Marcuse, „den Menschentypus freizulegen (...), der die Revolution haben muss, weil er sonst zusammenbricht“. Dieser revolutionäre „Existentialismus“ war der Funke, der Rudi Dutschkes Leben veränderte und seine Aktivitäten in den folgenden Monaten bestimmen sollte. Der Menschentypus, „der die Revolution haben muss“, dazu gehörte auch er, und die Revolution, von der Marcuse gesprochen hatte, fand hier und jetzt statt.

Zwei Monate später setzte Dutschke seine neue Position auf der jährlichen Delegiertenkonferenz des SDS mit einem nicht angekündigten Strategiepapier durch, das

er zusammen mit dem Frankfurter SDS-Wortführer Hans-Jürgen Krahl verfasst hatte. Die Gesellschaft habe sich, so die Autoren, „in eine staatliche Gesamtkaserne“ verwandelt, und die Massen seien durch die Fähigkeit der modernen Industriegesellschaft, sozialen Wandel zu unterbinden, zu Gefangenen eines affirmativen eindimensionalen Denkens und Verhaltens geworden, das jede Möglichkeit ausschließe, „sich zu empören“. Daher sei es die Aufgabe des SDS, sich in Netzwerke von „revolutionären Bewusstseinsgruppen“ aufzulösen und durch „irreguläre Aktionen“ den „passiven und leidenden Massen (...) die abstrakte Gewalt des Systems“ erfahrbar zu machen. Dadurch werde die „Propaganda der Schüsse“ in der Dritten Welt (...) durch die „Propaganda der Tat“ in den Metropolen vervollständigt“.

Das Konzept war theoretisch eine Missgeburt und bedeutete praktisch, indem es die Kampfformen der Dritten Welt mit denen in den Metropolen des Kapitalismus mühelos parallelisierte, die Aufforderung zu einem politisch riskanten bis selbstmörderischen Abenteuer.

Auch der am 17. und 18. Februar 1968 im Audimax der Technischen Universität stattfindende und von elf sozialistischen und trotzkistischen Organisationen Europas getragene und von prominenten linken Intellektuellen und Künstlern unterstützte „Internationale Vietnam-Kongress“ folgte der von Dutschke vorgegebenen Linie der Beschleunigung des Tempos und der Radikalisierung des Kampfes – es ging nicht mehr wie beim I. Frankfurter Vietnam-Kongress zwei Jahre zuvor um den Austausch von Analysen, sondern unter der Parole „Für den Sieg der vietnamesischen Revolution – Die Pflicht jedes Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen“ um eine Manifestation der kämpferischen Solidarität.

Eine ursprünglich verbotene und vor dem Westberliner Verwaltungsgericht juristisch erzwungene Demonstration mit 12.000 Teilnehmern unter den Fahnen des Vietcong, Portraits von Ho Chi Minh, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Trotzki, Ernst Thälmann und des kurz zuvor ermordeten Che Guevara konfrontierte die Berliner mit einer bis dahin nie erlebten Militanz und Begeisterung. Die Reaktion folgte drei Tage später: Das Kalte-Kriegs-Kartell aus Senat, Springer-Presse, Gewerkschaften und konservativen Prominenten rief unter der Losung „Wir wollen sagen, wofür wir sind“ zu einer Gegenkundgebung auf, an der wegen großzügiger Freistellung aus Großbetrieben und Verwaltungen ca. 60.000 Menschen teilnahmen. Deutlicher als die Reden verrieten die

selbstgefertigten Plakate, wofür die Mehrheit der Bevölkerung Westberlins war: „Raus mit den Roten“, „Dutschke Volksfeind Nummer eins“, „Bauarbeiter, seid lieb und nett, jagt Dutschke und Konsorten weg“. So klingen Aufrufe zu Progromen. Rudi Dutschke war für die Jagd und den Abschuss freigegeben.

Mordanschlag auf Dutschke

Drei Sätze aus seiner Rede auf dem Vietnam-Kongress sind mir in Erinnerung geblieben: „Wir haben nicht mehr viel Zeit. In Vietnam werden auch wir tagtäglich zerschlagen. - Wir haben eine historisch offene Möglichkeit. ES hängt primär von unserem Willen ab, wie diese Periode der Geschichte enden wird. - Unsere bisherige Ineffektivität und Resignation lag mit der Theorie begründet. Die Revolutionierung der Revolutionäre ist so die entscheidende Voraussetzung für die Revolutionierung der Massen.“ Es war Dutschkes vorletzte Botschaft. Die letzte erfolgte in einem Dokumentarfilm der ARD: Adressiert an „Revolutionäre Genossinnen und Genossen, Antiautoritäre!“ erklärte Dutschke, dass er wegen „der totalen Personalisierung unserer Bewegung mit meiner Person“ und „aus anderen politisch revolutionären Gründen (...) für einige Zeit aus der BRD weggehe, um im Ausland politisch zu arbeiten“. Als diese Botschaft im Fernsehen lief, war der Mordanschlag auf ihn schon geschehen – am 11. April 1968, ausgeführt durch den 1944 geborenen Hilfsarbeiter und NPD-Sympathisanten Josef Bachmann. Am 24. Dezember 1979 ist sein Opfer an den Spätfolgen des Kopfschusses verstorben. Rudi war der ernsthafteste und menschenfreundlichste Genosse, der mir in den Jahren beim SDS begegnet ist.

Die Reaktionen auf den Mordanschlag im Frühjahr 1968 waren aus Verzweiflung geboren. Sie verrieten aber auch Konfusion, die Dutschkes Versuch, aus der Revolte eine Revolution und aus dem SDS eine Kaderorganisation zu machen, hinterlassen hatte: Bei dem Versuch, zu Ostern die Auslieferung der Springerpresse, vor allem von *Bild*, zu verhindern, kam es zu Demonstrationen und zu Straßenschlachten mit der Polizei, bei denen es zwei Tote und Hunderte von Verletzten gab, Mitte Mai kam es aus Anlass der zweiten Lesung zur Verabschiedung der Notstandsgesetze zu einem Sternmarsch auf Bonn mit mehr als 60.000 Teilnehmern und bei der dritten Lesung Ende Mai zu einer Kette von Instituts- und Universitätsbesetzungen. Danach begann die Agonie des SDS, der seine Orientierung verloren hatte. Zuletzt gab es nur noch einen Bundesvorstand, der sich im März 1970 selbst auflöste.

Psychopathologische Erbschaft

Aber der Aufstand gegen die Nazigeneration war nicht nur am Anspruch und an der Ungeduld der Protagonisten beim Eintreten für Wahrheit, Solidarität und Befreiung, und zwar weltweit, gescheitert. Er wurde auch durch den erbitterten Widerstand und das tödliche Feuer übermächtiger Gegner gestoppt. „Eine der erstaunlichsten und erschreckendsten Erfahrungen, die man heute (...) in Westdeutschland macht“, hat Norbert Elias in dem 1977/78 verfassten Essay „Gedanken über die Bundesrepublik“ festgestellt, „ist die enorme Erbitterung und Feindseligkeit, die Teile der Bevölkerung im Verhältnis zu anderen teilen fühlen. (...) Die Feindseligkeit (...), die oft die Farbe des Hasses trägt, ist, wie in früheren Situationen der jüngeren deutschen Geschichte, kompromisslos und absolut.“ Die Gründe dafür, hat hinzugefügt, rühren nicht aus der Gegenwart, sondern „gehen weiter zurück“. Sie betreffen die verhängnisvolle psychopathologische Erbschaft der Nazi-Eltern an ihre Söhne und Töchter.

Die zahllosen Versuche der letzten 50 Jahre, deren Aufstand außerhalb dieses Zusammenhangs zu deuten, mussten scheitern. Einer, der die Auswirkungen dieser unbewussten Erbschaft auf die Nachgeborenen auch immer negiert hat, war Jürgen Habermas. Aber er hat die Größe besessen, zumindest 20 Jahre später deren Erfolge zu würdigen: „Diese Revolte war für die politische Kultur der Bundesrepublik ein Einschnitt, in den heilsamen Folgen nur übertroffen von der Befreiung vom NS-Regime durch die Alliierten“. Die Bedeutung dieses Protestes sah er in der „Inszenierung einer öffentlichen, jedoch ins Private hineinreichenden, manchmal etwas selbstgerechten Abrechnung mit dem kollektiven Ausweichen vor der deutschen Verantwortung, der historischen Haftung für den Nationalsozialismus und dessen Greuel“. Dem habe ich als einer der Aktivisten dieser Revolte und als ehemaliges Mitglied des SDS nichts hinzuzufügen.

Hannes Heer (Jg. 1941) ist Historiker, Publizist und Ausstellungsmacher. Er war u.a. Leiter der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“

Weitere Informationen zum Autor: www.hannesheer.de